Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

November 2017 **Informationsbrief** **2017/3**

Seite

Editorial Pfr. Dieter Kuller **2**

Martin Luther und die „Ehe für alle“ Pfr. Dieter Kuller **2**

Bericht über die Mitgliederversammlung am 17. Oktober 2017 Bolko v. Bonin ... **4**

Vortrag: Oekumene - was fehlt zur Kirchengemeinschaft? Bolko v. Bonin **5**

Nachrichten

Kampf für ungeborene Kinder 6

Bibel und Bekenntnis 8

Gender-Ideologie 9

Ehe und Familie 10

u.a. Erklärung der LGM zur "Ehe für alle"

Oekumene 16

u.a. Überlegungen zur organisatorischen Gestaltung sichtbarer Kirchengemeinchaft in versöhnter Verschiedenheit

Integration von Muslimen 19

Aufgelesen 21

Literaturhinweise **23**

Zum Nachdenken **24**

In eigener Sache – wichtig! **24**

Impressum **24**

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie diesen Infobrief erhalten, ist das Reformationsfest 2017 schon Geschichte. Es gibt immer noch Veranstaltungen zum Gedenken an den Thesenanschlag vor 500 Jahren, aber die meisten ‚Lutherevents' liegen hinter uns. Die Urteile über das Lutherjahr 2017 fallen unterschiedlich aus, eine Gesamtbewertung kann es aber erst nach Abschluss des Jubiläumsjahres geben. Im Artikel ‚Martin Luther und die Ehe für alle' werden nochmals zentrale Punkte der reformatorischen Erkenntnis Luthers festgehalten und Synodalen Fehlentscheidungen gegenübergestellt. Außerdem finden Sie einen Bericht über die Mitgliederversammlung, die wir mit einem interessanten Vortrag verbunden haben und wie gewohnt neben anderen Meldungen den Kampf für ungeborenen Kinder, Gender, Ehe und Familie betreffend. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Ökumene mit ihren gegenwärtigen Belastungen, aber auch den Chancen einer Kirchengemeinschaft.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Adventszeit, in der Sie neben all den Terminen in diesen Wochen immer wieder einmal den wichtigsten Termin aller Zeiten in den Blick bekommen: als „der Sohn des Vaters, Gott von Art, ein Gast in der Welt hier ward" (EG Nr. 23). Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Martin Luther und die „Ehe für alle"

Vor 500 Jahren, am 31. Oktober 1517 hat Martin Luther seine 95 Thesen veröffentlicht. Als Vorbereitung auf dieses Jubiläum hat die Evangelische Kirche in Deutschland die ‚Lutherdekade' ins Leben gerufen. Zehn Jahre Beschäftigung mit der Reformation mündeten in die zentralen Feierlichkeiten zum Kirchentag auf den Wittenberger Elbwiesen im Mai diesen Jahres. Für Martin Luther selbst gab es in dieser Zeit beides, Lob und Tadel, Zustimmung und Kritik. „Dennoch: Martin Luther bleibt die zentrale Symbolfigur. Es war seine besondere Gabe, die Dinge auf den Punkt zu bringen: Seine enorme Sprachbegabung und manchmal gewiss auch seine Beharrlichkeit waren von entscheidender Bedeutung", schreibt Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017. Christina Aus der Au, Präsidentin des Kirchentages in Berlin und Wittenberg meint, „es wären die Reformation und die 500 Jahre seither missverstanden, wenn wir dabei nicht miteinander und mit vielen anderen darüber nachdächten, wie wir hier und heute aus diesem Erbe heraus leben und glauben und dabei in der Welt Zeichen setzen."

Luthers Hauptanliegen

Leider sind die Zeichen, die heute von den Kirchen gesetzt werden, die sich nach dem Reformator nennen, nicht immer im Sinne Martin Luthers. In ihrem Buch zum Reformationsjubiläum „Die Welt verändern – Was uns der Glaube heute zu sagen hat" fordern die Autoren Margot Käßmann und Heinrich Bedford-Strohm die evangelischen Leser auf: „Geben Sie etwas weiter vom Reichtum unserer Tradition, die vor 500 Jahren begründet wurde von jenem wackeren Augustinermönch Martin Luther, der den Glauben neu entdeckte. Was damals und bis heute geschieht, inspiriert auch andere über die Grenzen von Konfessionen und Religionen hinweg. Die Welt zu verändern und die Schöpfung zu bewahren wird nur gemeinsam gelingen." (Vorwort S. 10).

Das sind jedoch Aufgaben der Regierungen, nicht der Kirche. Es war nicht Luthers Anliegen, die Welt zu verändern und die Bewahrung der Schöpfung war vor 500 Jahren kein Thema. Durch die Reformation **hat** Martin Luther die Welt verändert, aber das war nicht sein Ziel. Worum es Luther ging kann man ohne Schwierigkeit aus seinen 95 Thesen entnehmen: „*Da unser Herr und Meister Jesus Christus spricht: >Tut Buße< usw. (Matth. 4, 17), hat er gewollt, dass das ganze Leben der Gläubigen Buße sein soll"* (1. These). Was daraus für jeden einzelnen Christen folgt steht am Schluss der Thesen, wird aber selten gelesen oder zitiert: *„Man soll die Christen ermutigen, dass sie ihrem Haupt Christus durch Strafen, Tod und Hölle nachzufolgen trachten und dass sie lieber darauf trauen, durch viele Trübsale ins Himmelreich einzugehen, als sich in falscher geistlicher Sicherheit zu beruhigen"* (These 94 u. 95). Martin Luther ging es um Heilsgewissheit und ewiges Leben. „Kaum eine andere Generation hat sich so intensiv mit dem Tod und dem persönlichen Heil nach dem Tode beschäftigt wie die Menschen des ausgehenden 15. und frühen 16. Jahrhunderts" (Heinz Schilling in seiner Lutherbiographie S. 51). Der Anlass für Luthers Reformation war der Streit darüber, ob ein Ablassbrief Heilsgewissheit geben kann (These 52) und welche Rolle die Kirche dabei spielt (These 37). Martin Luther hat darüber viel nachgedacht und schreibt: *„Die Kirche ist die Wohnung Gottes auf Erden, aber nicht, damit wir auf Erden verharren, vielmehr werden die Sakramente deshalb gereicht, wird das Wort deshalb gepredigt, damit wir ins Himmelreich kommen und durch die Kirche in den Himmel gelangen"* (WA 43,601). Das war ihm das Wichtigste.

Luthers Aussagen zum Thema Ehe

Vor diesem Hintergrund hat sich der Reformator auch mit weltlichen Themen befasst, z. B. in seiner Schrift „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei" (1523) oder „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, dass sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen" (1524). Ein weiteres Thema, mit dem Luther sich auseinandersetzte, war die Ehe. In seinem Traubüchlein von 1529 nennt er den Ehestand *„ein weltliches Geschäft"*. Das hat manche Theologen dazu verführt, die Ehe als eine Art Brauchtum einzustufen, das man nach Belieben verändern oder auch nach dem jeweiligen Zeitgeschmack neu definieren kann, wie es jetzt als „Ehe für alle" gerade geschieht. Luther hat aber im Traubüchlein noch genauer beschrieben, was die Ehe gemäß ihrer Stiftung ist: *„Wenn es auch ein weltlicher Stand ist, so hat er doch Gottes Wort für sich und ist nicht von Menschen erdichtet oder gestiftet wie der Stand der Mönche und Nonnen."* Eine noch deutlichere Stellungnahme Luthers findet sich in seiner Predigt ‚Vom ehelichen Leben'. Als ob der Reformator die Auseinandersetzung um ‚Gendermainstream' und die ‚Ehe für alle' vorausgeahnt hätte, sagt er: *„ Auf's erste wollen wir sehen, welche Personen miteinander die Ehe schließen können. Und auf dass wir dazu einen passenden Eingang machen, nehmen wir uns den Spruch 1. Mose 1, 27 vor: >Gott schuf den Menschen, als Mann und Weib.< Auf Grund dieses Spruches sind wir sicher, dass Gott die Menschen in die zwei Teile geteilt hat: dass Mann und Weib oder ein Er und Sie sein soll. Und das hat ihm so gefallen, dass er's selbst ein gutes Schöpfungswerk nennt (!. Mose 1,31). Darum wie Gott seinen Leib einem jeden von uns geschaffen hat, so muss er ihn haben, und es steht nicht in unserer Gewalt, dass ich mich zu einem Weibsbild oder du dich zu einem Mannsbilde machest, sondern wie er mich und dich gemacht hat, so sind wir: ich ein*

Mann, du ein Weib. .... Zum zweiten. Da er Mann und Weib gemacht hatte, segnete er sie und sprach (1. Mose 1, 28) zu ihnen: >Seid fruchtbar und mehret euch<. Aus dem Spruch sind wir gewiss, dass Mann und Weib zusammen sollen und müssen, dass sie sich mehren. ... So wenig wie es in meiner Macht steht, dass ich kein Mannsbild sei, ebenso wenig steht es auch bei mir, dass ich ohne Weib sei. Und umgekehrt: so wenig wie es in deiner Macht steht, dass du kein Weibsbild seiest, ebenso wenig steht es auch bei dir, dass du ohne Mann seiest. Denn es ist nicht ein freies Ermessen oder Ratschluss, sondern ein notwendig, natürlich Ding, dass alles, was ein Mann ist, ein Weib haben muss, und was ein Weib ist, muss einen Mann haben" (WA 10 II, 276).

Ehe für alle ?

Am 30. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften beschlossen. Schon im Vorfeld der Abstimmung hatte der Rat der EKD die geplante Öffnung begrüßt. Nur zwei evangelische Bischöfe lehnen die sogen. ‚Ehe für alle' ab, Carsten Rentzing (Sachsen) und Hans-Jürgen Abromeit (Mecklenburg-Vorpommern). Alle anderen sind dafür, auch der bayerische Landesbischof und Ratsvorsitzende der EKD. Der Thesenanschlag am 31. Oktober 1517 wird 500 Jahre später zu einem großen Fest mit Gästen aus allen Kontinenten hochstilisiert, Martin Luther wird als „die zentrale Symbolfigur" gefeiert, aber offensichtlich nicht gelesen. Dabei sind seine wichtigsten Erkenntnisse für jedermann zugänglich in unserem Gesangbuch, im Kleinen Katechismus (EG S. 1552- 1564) und in seinen Liedern. Da ist nirgends die Rede von „Die Welt verändern" oder vom Kampf gegen Klimaerwärmung. Das sind alles wichtige Vorhaben aber die Kirche hat eine andere Aufgabe. Wie die aussieht und was zu tun ist, das hätten wir uns im Jubiläumsjahr der Reformation wieder bewusst machen können und sollen. Z. B. dass wir die Heilige Schrift so lesen, wie die Worte dastehen, auch die über die Ehe, nach Martin Luthers Rat: *„Wer in der Heiligen Schrift studieren will, soll ja darauf sehen, dass er, so gut er immer kann, bei den einfältigen Worten bleibe und ja nicht davon weiche"* (WA 24, 19). „Sola scriptura" (Allein die Heilige Schrift), ein Basiswort der Reformation und die' Ehe für alle' sind nicht vereinbar. D. K.

Bericht über die Mitgliederversammlung am 17. Oktober 2017

Den Tätigkeitsbericht für 2015 und 2016 gab Vorstand Pfr. Dieter Kuller, den Finanzbericht für diese Jahre Schatzmeister Nikolaus v. Minckwitz. Die Mitglieder erteilten dem Schatzmeister, dem Leitungsgremium und dem Vorstand für diese Jahre einstimmig Entlastung bei Enthaltung der Betroffenen.

Turnusgemäß wurden als Mitglieder des Leitungsgremiums für die kommenden sechs Jahre gewählt: Bolko von Bonin, Klaus Greiner, Pfr. Dieter Kuller, Nikolaus von Minckwitz, Arno Peter Müller, Johanna Schuholz, Dr. Sebastian Sigler, Jürgen Steffan; alle nahmen die Wahl an.

In der anschließenden Sitzung des Leitungsgremiums wurden die Herrn Pfarrer Dieter Kuller und Bolko v. Bonin ebenfalls für sechs Jahre wieder zu Vorständen des Vereins berufen.

Der Mitgliederversammlung vorangegangen war ein Vortrag von Bolko v. Bonin:

Oekumene- was fehlt zur Kirchengemeinschaft?

Der Vortragende behandelt das Thema im Hinblick auf die Frage, warum aus der anerkanntermaßen in der Taufe geschenkten Christusgemeinschaft nicht die in ihr gründende Kirchengemeinschaft abgeleitet wird, so als sei Kirchengemeinschaft theologisch höher zu bewerten als Christusgemeinschaft.

Nach einem kurzen Rückblick über die großen Kirchenspaltungen begründete er dringenden Handlungsbedarf für ein sichtbares Zusammengehen der christlichen Kirchen, weil Christus will, „*dass sie alle eins seien, damit die Welt glaube*“ (Joh 17,21):
Die Abgrenzung der Kirchen voneinander schwächt deren Integrationskraft, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft nach außen wie nach innen erheblich.
Von außen wird das Christentum bedrängt vom Relativismus und bekämpft von atheistisch-materialistischen Weltanschauungen – und von aggressiv/gewalttätigen Strömungen im zu neuem Selbstbewusstsein erwachten Islam und anderen Religionen.
Aber auch nach innen ist es notwendig, die Geltung der Bekenntnisse des christlichen Glaubens und der Gebote in Erinnerung zu rufen.
In den evang. Kirchen wird die Sünde totgeschwiegen - weshalb auch die zentrale Heilsbedeutung des Todes Christi und seiner Auferstehung nicht mehr dringlich erscheint und behauptet werden kann, sie seien für heutige Christen aus Vernunftgründen nicht mehr zumutbar. Auch biblische Ge- und Verbote werden dem Zeitgeist folgend umgedeutet. Dadurch wird deren heilsame Zweckbestimmung untergraben, obwohl diese seit Jahrtausenden dem Menschen innewohnende Begierden zügeln und dem Gedeihen der Menschheit dienen.
Im Folgenden legte der Vortragende die grundlegenden Gemeinsamkeiten des Glaubens aller christlichen Kirchen an Gott und die Erlösungstat Christi dar. Er wies darauf hin, dass alle christlichen Kirchen nach wie vor das noch von der ungeteilten Kirche von den Konzilien in Nicäa (325 nC) und in Konstantinopel (381 nC) formulierte Glaubensbekenntnis verbindet, in dem die wichtigsten Inhalte des christlichen Glaubens normativ zusammengefasst sind.

An Beispielen wird – gestützt auf konfessionsübergreifende Analysen von Theologen - gezeigt, dass die Gründe, die einer Kirchengemeinschaft entgegenstehen, auf menschlichen Lehren, Zuschreibungen und Traditionen beruhen und dass die Gemeinsamkeiten in den Kernfragen des Glaubens bei Weitem überwiegen.

Aber die Entwicklung der Ökumene zeigt ein zwiespältiges Bild. Nicht nur die Differenzen über das Amtsverständnis, Dogmen der röm.-kath. Kirche, die Papstfrage und unterschiedliche Frömmigkeitsstile erschweren den Einigungsprozess, sondern auch meist dem Zeitgeist folgende Beschlüsse auf evangelischer Seite, die wichtigen - auf Ge- und Verbote der Bibel gestützten - Positionen der röm.-kath. und der orthodoxen Kirchen zuwiderlaufen. Beispiele hierfür sind die Haltung der evang. Kirchen zur Abtreibung (u.a. Rosenheimer Erklärung), Heiligkeit der Ehe als eine Verbindung von Mann und Frau (Orientierungshilfe der EKD zu Ehe und Familie), Segnung und Trauung gleichgeschlechtlicher Paare.

Am Schluss versucht der Vortragende einen Ausblick: Alle christlichen Kirchen verbindet nach wie vor das Glaubensbekenntnis von Nicäa und Konstantinopel aus dem 4. Jahrhundert.
Wenn gemäß der Konvergenzerklärung des ÖRK von Lima (1982) wieder *„die sichtbare Einheit der Kirche verwirklicht“* werden soll, muss der Umgang mit seither entwickelten inkompatiblen Lehrmeinungen geklärt werden. Da Menschen unterschiedliche Erfahrungen und Erkenntnisse haben, ist es sinnvoll, Lehraussagen zu differenzieren. Das II. Vatikanum und die Enzyklika „Ut unum sint“ räumen ein, dass es eine Hierarchie der Wahrheiten und somit eine Rangordnung von Lehraussagen gibt:

- So sind für Christen klare Aussagen der Bibel nicht hinterfragbar, denn das AT ist von Christus bestätigt und von ihm nach den Zeugnissen des NT erfüllt und weitergeführt worden – ganz ohne historisch-kritische Exegese.
- Aber alle späteren - menschlichen und damit potentiell fehlerträchtigen Erkenntnissen folgende - Lehrmeinungen müssen nicht allgemeingültig sein. Sie können denen zugestanden werden, die sie für zutreffend halten, ohne dass dies auch für alle anderen gelten muss.

Warum sollen Kirchen nicht unterschiedlich sein dürfen, solange deren gemeinsame Basis das unverfälschte Evangelium ist? Wer aber den Kernaussagen des christlichen Glaubens nicht zustimmt, verlässt die gemeinsame Basis und kann kein Glied einer solchen sichtbaren Gemeinschaft aller Christen sein.

Es gibt ein Verlangen nach Kirchengemeinschaft – u.U. mit, aber nicht unter dem Papst, und es gibt beträchtliche Fortschritte bei der Überwindung von Lehrunterschieden. Seit den 1960er Jahren erleben wir einen vielschichtigen Prozess, an dessen Ende eine Kirchengemeinschaft mit synodalen Strukturen stehen könnte, in dem die Einheit der Christen in versöhnter Verschiedenheit gelebt und sichtbar werden kann.

Facit:
Eine solche Kirchengemeinschaft – derzeit noch eine Vision vor hohen Hindernissen - **muss auf der Übereinstimmung in den Kernaussagen des Glaubens basieren, wobei aus menschlichen Erkenntnissen, Zuschreibungen und der Tradition gewachsene Besonderheiten der christlichen Glaubensgemeinschaften - statt sie als kirchentrennend einzustufen - als Sondergut gegenseitig zugestanden werden ⇨ bei wechselseitiger Anerkennung der Ordination und Gewährung von Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.**

(Der Vortrag ist nachlesbar auf unserer Homepage **www.lgm-info.de** ⇨ Vorträge)

vB

Kampf für ungeborene Kinder

(idea) **CDU-Werbespot mit einem Embryo**
Ein Werbespot der CDU für die Bundestagswahl stößt auf Kritik. In dem Video ist ein Embryo im Fruchtwasser zu sehen. Dann stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Frage: „In welchem Deutschland wirst du einmal leben?“. Die Journalistin und Autorin Birgit Kelle kritisiert, dass eine Partei, die mit Ungeborenen Werbung betreibe, sie auch vor der Geburt schützen müsse. Aber keine Partei im Bundestag nehme sich der Rechte der rund 100.000 Kinder an, die jährlich in Deutschland

abgetrieben werden, schreibt sie auf „focus.de“. Auch die Unionsparteien forderten in ihrem Wahlprogramm, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Kelle fragt, warum das aber nur auf die Kinder angewendet werde, „die es erst einmal aus dem Bauch ihrer Mütter schaffen müssen“.
Die Christdemokraten für das Leben (CDL) bezeichneten den Werbespot als erfreulich, da er die „Kostbarkeit jedes Ungeborenen beeindruckend sichtbar“ mache. Die Kanzlerin setze sich für ein Deutschland ein, das „immer neue Lösungen für die Zukunft findet“. Das müsse dann allerdings auch für Frauen in Schwangerschaftskonflikten gelten, sagte die CDL-Vorsitzende Mechthild Löhr (Glashütten/Taunus): „Die bundesdeutsche Politik muss deshalb endlich ihre stumme Gleichgültigkeit gegenüber den hohen Abtreibungszahlen aufgeben.“ Seit 1972 seien deutschlandweit 5,88 Millionen Abtreibungen statistisch registriert worden. Die im Spot angekündigte Politik, die „Familien respektiert und unterstützen will“, müsste gerade am Anfang des Lebens das Signal setzen, dass Kinder, Mütter und junge Familien tatsächlich im Zentrum zukunftsfähiger Politik stehen: „Das ist noch ein weiter Weg, wie die hohen Abtreibungszahlen erschreckend deutlich belegen.“ Wirksamer Lebensschutz sollte endlich genauso wichtig werden wie Klima-, Tier- oder Umweltschutz, forderte Löhr.

(idea) **7.500 Teilnehmer beim „Marsch für das Leben“**
Friedlich und nahezu störungsfrei verlief der 13. „Marsch für das Leben“ am 16. September in Berlin. Nach Angaben des Bundesverbandes Lebensrecht, einem Zusammenschluss von 13 Organisationen, beteiligten sich an der überparteilichen und ökumenischen Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude 7.500 Personen – ebenso viele wie im Vorjahr. Der Zug durch das Regierungsviertel stand unter dem Motto „Die Schwächsten schützen. Ja zu jedem Kind. Selektion und Abtreibung beenden“. Zu einer Gegendemonstration hatte ein „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ aufgerufen. Darunter waren Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, der Partei „Die Linke“ sowie der SPD. Die Gegenaktion wurde unter anderen vom Regierenden Bürgermeister Berlins, Michael Müller (SPD), sowie dem Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen), unterstützt.
Der katholische Bischof von Regensburg, Rudolf Voderholzer, forderte im ökumenischen Abschlussgottesdienst dazu auf, denen eine Stimme zu geben, die ihr Selbstbestimmungsrecht noch nicht zum Ausdruck bringen können. Es sei ein „wichtiges ökumenisches Hoffnungszeichen“, dass Katholiken und Protestanten sich dafür gemeinsam einsetzten. Die „Obszönität des Protestes“ der Gegendemonstranten sei ein Beweis dafür, dass die Lebensrechtler etwas Wichtiges zu sagen und etwas Heiliges zu schützen hätten. Es sei „irrationale Willkür“, dass nach der Geburt größte Anstrengungen für die Inklusion von behinderten Menschen unternommen würden, jedoch vor der Geburt eine unbarmherzige „Exklusion und Selektion“ stattfinde.
Die Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht, Alexandra Linder erinnerte bei der Auftaktveranstaltung daran, dass laut Weltgesundheitsorganisation weltweit etwa 40 Millionen Kinder jährlich abgetrieben werden, darunter mindestens 100.000 Ungeborene in Deutschland. Zu Recht setzten sich Tierschützer dafür ein, dass hochträchtige Rinder nicht zum Schlachten gebracht werden dürften. Diesen Aufschrei wünsche sie sich auch für den Schutz ungeborener Kinder, so Linder.

Buchautorin Kelle: Kinderrechte auch für Ungeborene
Die Journalistin und Buchautorin Birgit Kelle erinnerte daran, dass sich im Bundestagswahlkampf alle Parteien für die Förderung von Familien aussprächen. Die Forderung, kein Kind zurück zu lassen, müsse auch für Ungeborene gelten. Wer sich dafür ausspreche, Kinderrechte als Grundrecht ins Grundgesetz aufzunehmen, müsse diese Rechte auch für Ungeborene gelten lassen. Es sei für die Gesellschaft ein Armutszeugnis, dass sie ungeborenes Leben töte, anstatt es zu unterstützen.
Vier katholische Bischöfe nahmen teil
An dem Schweigemarsch nahmen vier katholische Spitzenvertreter teil. Neben Bischof Voderholzer waren auch die Weihbischöfe Matthias Heinrich (Berlin), Hubert Berenbrinker (Paderborn) und Florian Wörner (Augsburg) vertreten. Der Berliner Erzbischof Heiner Koch erklärte in einem schriftlichen Grußwort, die Demonstranten setzen sich für ein „wahrhaft demokratisches Anliegen“ ein. Der Schutz des ungeborenen Lebens werde zu Unrecht in die rechte Ecke gestellt. Es gelte, sich für ungeborenes Leben gleichermaßen einzusetzen wie für Verfolgte und Flüchtlinge. Auch der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx (München), schickte ein Grußwort.
Lob von Bundestagspräsident Lammert
In einem schriftlichen Grußwort lobte der scheidende Präsident des deutschen Bundestags, Prof. Norbert Lammert (CDU), die Teilnehmer des Marsches. Sie täten gut daran, „schon vor Beginn der neuen Legislaturperiode die Aufmerksamkeit von Wählern und Kandidaten auf die Verantwortung aller für die Wahrung der Unverfügbarkeit des Lebens und die Würde des Menschen zu lenken“. Grußworte sandten ferner der Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland, Ansgar Hörsting (Witten), sowie der Präsident und der Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden), Michael Noss (Berlin) und Christoph Stiba (Wustermark bei Berlin). Ihre Unterstützung hatten auch mehrere Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt, darunter deren Vorsitzender, Volker Kauder (CDU), und Bundesminister Christian Schmidt (CSU).
Nur ein evangelischer Bischof grüßte – Berliner Kirche distanziert sich
Die Unterstützung von landeskirchlicher Seite für die Demonstration war spärlich. Lediglich der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit sandte ein Grußwort. Hingegen unterstützt die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz den Marsch nicht. Die Landeskirche distanziert sich laut ihrer Sprecherin von jeder Form aggressiver oder menschenverachtender Äußerungen in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Bibel und Bekenntnis

(idea) **Ära des europäischen Christentums ist vorbei**
Dieser Ansicht ist das Oberhaupt der Anglikaner in Nigeria, Erzbischof Nicholas Okoh (Abuja). Es sei Zeit für eine neue Reformation, die die „sündige Praxis“ gleichgeschlechtlicher Eheschließungen abschafft, schreibt er in einem Brief an die theologisch konservative Gruppe „Globale Anglikanische Zukunftskonferenz“ (GAFCON), der er vorsteht. In ihr haben sich vor allem Gegner der Bischofsweihe von Homosexuellen

zusammengeschlossen. „Der Versuch, die Ehe neu zu definieren, ist keine zweitrangige Angelegenheit, über die man verschiedener Ansicht sein kann. Denn das würde bedeuten, dass Jesus sich täuschte, als er lehrte, dass die Ehe eine Sache zwischen Mann und Frau und dass Sexualität außerhalb der Ehe Sünde ist.“ Die Kirche dürfe nicht ein Verhalten segnen, das das Wort Gottes als Sünde bezeichnet, so Okoh. Der Theologe bot ferner an, „missionarische Bischöfe“ in die Welt auszusenden, um Gemeinden zu betreuen, die die Segnung und Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ebenfalls ablehnen. Das GAFCON-Netzwerk ernannte Anfang Juni bereits einen „Missionsbischof“ für Europa. Anlass war die Entscheidung der Anglikanischen Kirche in Schottland, künftig gleichgeschlechtliche Partner zu trauen. Er soll am 30. Juni in Wheaton (US-Bundestaat Illinois) eingesegnet werden. Von den 177 Millionen Einwohnern Nigerias sind etwa 51% Muslime und 48% Kirchenmitglieder.

Gender-Ideologie

(idea) **Zellen von Männern und Frauen unterscheiden sich deutlich**

Männer und Frauen unterscheiden sich biologisch deutlicher voneinander als weithin angenommen. So ist bereits die Grundausstattung jeder Zelle bei Mann und Frau unterschiedlich. Das sagte die Fachärztin für Kardiologie und Mitbegründerin des Instituts für Geschlechterforschung in der Medizin an der Berliner Charité, Vera Regitz-Zagrosek, in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern führten dazu, dass Männer und Frauen auch verschiedene Krankheiten bekämen und jeweils gezielt behandelt werden müssten, so die Medizinerin. Bei Autoimmunerkrankungen der Schilddrüse oder der Leber beispielsweise seien 80 Prozent der Patienten weiblich. Männer erkrankten hingegen häufiger an Autismus. Dass Frauen vor vielen Krankheiten besser geschützt seien als Männer, liege an den unterschiedlichen Genen. Regitz-Zagrosek: „Weibliche Zellen haben bekanntlich zwei X-Chromosomen, männliche je ein X und ein Y. Jedes X-Chromosom trägt etwa 1.500 Gene, die alle mit Herz-, Hirn- und Immunfunktionen beschäftigt sind.“ Das Y-Chromosom besitze hingegen nur 80 Gene: „Das zweite X ist also ein wichtiger Vorteil für die Frauen.“ Wie die Medizinerin sagte, bringt ihr ihre Arbeit mitunter Kritik von Frauenrechtlerinnen ein, die die Gleichberechtigung bedroht sähen: „Ich erkläre in solchen Lagen immer, dass Gleichberechtigung nicht unbedingt Gleichheit voraussetzt. Und die Fakten sind einfach schlagend.“

(idea) **Deutschland vernachlässigt seine Mütter**

Deutschland vernachlässigt seine Mütter. Diese Ansicht vertritt die Journalistin und Buchautorin Birgit Kelle in einem Interview mit idea. Ihr zufolge gleichen familienpolitische Leistungen wie Eltern- und Kindergeld, Mütterrente sowie der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nicht die Aufwendungen aus, die Eltern im Vergleich zu Kinderlosen haben. So sei das Kindergeld „kein staatliches Almosen, für das ich mich bedanken müsste, sondern steuerrechtlich eine Rückzahlung zu viel erhobener Steuern“. Der Staat nehme den Familien erst das Geld, um ihnen dann gönnerhaft etwas davon zurückzugeben. Auch die Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente („Mütterrente“) sei unzureichend: „Da bräuchte ich 18 Kinder, um später als Rentnerin über die Runden zu kommen.“ Das Rentensystem schicke Mütter in die Altersarmut, obwohl sie die nächste Generation der Renten- und Steuerzahler heranzögen. Kelle: „Meine

vier Kinder zahlen später nicht die Rente für mich, sondern vor allem für Kinderlose. Mütter investieren also Zeit, Energie und Geld in das Humankapital ihrer Kinder, die Gesellschaft profitiert davon – nur die Mütter nicht.“ Kritik übte Kelle auch am Elterngeld. Es orientiert sich am letzten Einkommen und liegt zwischen Euro 300 und 1.800 pro Monat. Das benachteilige Mehrfachmütter, die zuletzt kein Einkommen hatten, sowie Frauen mit geringem Einkommen. Auch ein garantierter Platz in einer Kindertagesstätte entspreche nicht den Wünschen der meisten Mütter. Eine Anerkennung der elterlichen Erziehungsleistung wäre es, wenn der Staat die Kosten für einen Kitaplatz in Höhe von etwa 1.100 Euro pro Monat den Eltern geben würde, so Kelle: „Warum subventioniert der Staat massiv die Fremdbetreuung, anstatt in das Original – also in Mutter und Vater – zu investieren?“

Kernkompetenz der Frauen ist es, Kinder zu gebären

Als „Kernkompetenz der Frauen“ bezeichnete Kelle es, Kinder zu gebären und Leben zu schenken. Es sei ein Wunder, dass im Körper einer Frau ein anderer Mensch heranwachsen könne. Schwangerschaft und Geburt seien eine besondere Gabe der Frauen. Kelle: „Im Kreißsaal gibt es keine Männerquote.“ Die Publizistin räumte ein, dass das Leben mit Kindern manchmal auch zermürbend sein könne. Es gebe Quengeltage, Trotzphasen, kranke Kinder und schlaflose Nächte. Allerdings sei jeder von seinem Beruf mal genervt. Die meisten Leute schimpften über ihren Job, ihren Chef, ihre Kollegen oder über Überstunden. Verglichen damit sei das Leben mit Kindern keinesfalls furchtbar. Kelle: „Würde ich meine Kinder gegen ein Berufsleben eintauschen? Auf keinen Fall! Muttersein ist der beste Beruf der Welt.“ Kelle ist Autorin der Bestseller „Dann mach doch die Bluse zu“ sowie „GenderGaga“ (beide adeo). Nun erscheint von ihr „Muttertier. Eine Ansage“ (fontis Verlag).

Ehe und Familie

Erklärung zur „Ehe für alle“ am 3. Juli 2017

Das Gesetz zur „Ehe für alle“ hat die LGM veranlasst folgende Erklärung zu veröffentlichen, die wir mit entsprechenden Anschreiben auch an den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag Volker Kauder und den Ministerpräsident Bayerns Horst Seehofer geschickt haben, mit der Ermutigung und Bitte, das Gesetzt durch eine Normenkontrollklage verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen:

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V.

Die Begründung des Fraktionsvorsitzenden der SPD Thomas Oppermann für den Überraschungs-Coup der rot-rot-grünen Bundestagsmehrheit, die „Ehe für alle“ sei ein großer gesellschaftlicher Fortschritt, denn ***„es wird vielen etwas gegeben aber niemandem etwas genommen“,*** ist folgenschwer **falsch**:

Tatsächlich wird dementgegen der Ehe von Mann und Frau ihre gesetzlich herausgehobene Stellung genommen, deren Besonderheit in der Offenheit und Möglichkeit für die Zeugung von Kindern liegt. Diese ist Daseinsgrundlage unserer Gesellschaft und die Grundvoraussetzung für deren Fortbestand. Die Herausgehobenheit soll nun aufgegeben werden um den Preis, dass nicht „vielen etwas gegeben“ sondern eine kleine Minderheit der Ehe gleichgestellt wird.

Auch wenn es in einer freien Gesellschaft möglich sein muss, anders zu leben als die Mehrheit, sollte wenigsten begrifflich – und wo im Hinblick auf das Kindeswohl nötig auch inhaltlich – grundsätzlich unterschieden werden zwischen

a. Formen des Zusammenlebens, die dem Erhalt der Gesellschaft durch die Zeugung von Kindern dienen und
b. solchen, die dazu – weil gleichgeschlechtlich – nicht in der Lage sind.

Man muss auch mögliche Weiterungen einer Aufweichung des Ehebegriffs bedenken, die mit den gleichen Argumenten begründet werden können wie die „Ehe für alle“: *Legalisierung von Inzest oder Polygamie (Vielehe) oder von* Polyamorie (Mehrehe). In Kolumbien war beispielsweise Mitte Juni eine „Dreier-Ehe“ (3 Männer) geschlossen worden. Es könnte auch die Abschaffung des „diskriminierenden“ Schutzalters eingefordert werden. Und was ist, wenn wir über die Beziehungen von Menschen hinaus auch an die mit Tieren denken (Sodomie)?

Für uns Christen ist entscheidend, was Jesus Christus zur Ehe sagt: Weil Gott Mann und Frau geschaffen (1. Mose 1,27) und in der Ehe zusammengefügt hat (Mt 19, 5-6). Jesus zitiert dazu die entscheidende Aussage aus dem Schöpfungsbericht: „Darum wird ein Mann seinen Vater und seine Mutter verlassen und seiner Frau anhangen, und sie werden sein ein Fleisch“ (1. Mose 2,24; vgl. auch Eph 5,31; Mk 10,7-9).

Wohlbegründet ist, dass unser Grundgesetz mit § 6 Ehe und Familie unter besonderen Schutz stellt. Am 17.7.2002 hat das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich erklärt: "Die Ehe [kann] nur mit einem Partner des jeweils anderen Geschlechts geschlossen werden, da ihr als Wesensmerkmal die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner innewohnt." (...) "Zum Gehalt der Ehe ... gehört, dass sie die Vereinigung eines Mannes mit einer Frau zu einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft ist". Inhaltlich ähnlich sind die Aussagen des BVG auch in anderen Urteilen.

Die Lebendige Gemeinde München fordert auf, den Bundestagsbeschluss zur „Ehe für alle“ verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen.

Vorstand LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V.
Pfarrer Dieter Kuller Bolko v. Bonin

(idea) **„Ich kann mich nicht über die Ehe für alle freuen“**

idea: *Anders als die katholische Kirche hat der Rat der EKD die „Ehe für alle“ bis auf eine Gegenstimme begrüßt. Interessant ist jedoch, dass inzwischen selbst eher liberale Theologen wie die Landessuperintendentin von Hannover, Petra Bahr, oder der Leiter der Evangelischen Akademie Loccum, Stephan Schaede, mehr Offenheit für konservative Positionen fordern. In einem Grundsatzbeitrag für die „ZEIT“ schrieben sie: „Wer vorsichtige Vorbehalte gegen die Ehe für alle äußert, hat ein Problem. Wer schärfer fragt, gilt als rückwärtsgewandt oder homophob.“*

Rentzing: Ich erlebe das bis hinein in höchste EKD-Gremien. Da bekennen sich Leute zu einem inneren Konservatismus, von denen ich es nie gedacht hätte. Das zeigt, dass eine öffentliche theologische Debatte nötig ist. Vorbehalte und Sichtweisen dürfen nicht einfach als menschenfeindlich diskreditiert werden. Denn tatsächlich ist doch das Gegenteil der Fall: Wer sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigt, zeigt, dass er sich auch für die Menschen interessiert. Das grundlegende Problem der „Ehe für alle“ ist in

meinen Augen ihre Reduktion auf moralische Voraussetzungen wie Beständigkeit, Treue und gegenseitige Verantwortung. Das sind aber nur moralisch-ethische Kategorien. Was in der Debatte völlig außen vor bleibt, sind die Verheißung und der Segen der Ehe in der bisherigen Theologie. Ich halte diese Reduktion für einen großen Fehler. Das macht es mir auch nicht möglich, mich über die „Ehe für alle“ zu freuen. Übrigens ist es ja gar keine Ehe für alle. Die Begrifflichkeit müsste man noch schärfen.

Segnung oder Trauung gleich-geschlechtlicher Partnerschaften in der Württembergischen Landeskirche. Brief vom 2.8.2017an den Landesbischof

Sehr geehrter Herr Landesbischof Dr. July,
nach dem Beschluss des Bundestages vom 30.6.2017 zur Einführung der sogenannten „Ehe für alle“ bewegt uns die Sorge, die Evang. Landeskirche in Württemberg könnte als einzige noch verbliebene Landeskirche der EKD, die bisher keine Segnung oder Trauung homosexueller Partnerschaften vorsieht nun dem gesellschaftlichen Trend folgen und u.U. im Zusammenhang mit der anstehenden Revision der Trauagende, entsprechende Ordnungen als Bestandteile der Agende oder als Handreichung des Oberkirchenrats einführen.
Der Gesamtkirchengemeinderat Haiterbach-Talheim hat deshalb am 21.7.2017 einstimmig beschlossen, Sie als Landesbischof der Evang. Landeskirche in Württemberg zu bitten, das in Ihren Kräften Stehende zu tun, dass eine Segnung oder eine Trauung homosexueller Partnerschaften in der Württembergischen Landeskirche auch weiterhin nicht möglich ist. Maßgeblich für unseren Appell sind die untenstehenden Argumente.
Wir befürchten auch, dass sich der bei unseren Gemeindegliedern deutlich spürbare Trend weg von der Landeskirche hin zu freikirchlichen Gemeinden noch sehr verstärkt, sollte die Landeskirche die Segnung oder Trauung homosexueller Partnerschaften zulassen. Zahlreiche Gemeindeglieder bekunden ihre Absicht, aus der Landeskirche auszutreten, sollte eine Segnung oder Trauung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften möglich werden.
Für unsere Haltung und unsere Bitte an Sie sind folgende Hauptgründe maßgeblich:
1. Der biblische Befund: Die Bibel kommt an keiner Stelle, weder im Alten noch im Neuen Testament, zu einer positiven Bewertung homosexueller Praxis:
Im AT: 3. Mose 18,22; 20,13; 1. Mose 19,5; Richter 19,22, im NT: Röm 1,24-27; 1.Kor 6,9; 1.Tim1,9ff. Die im Griechischen verwendeten Begriffe zeigen, dass sich das Verbot homosexueller Praxis nicht nur auf das Verbot des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger beschränkt.
2. Gottes Ge- und Verbote können uns zwar nicht gerecht vor Gott machen (Römer 3,20), auch werden alle Menschen immer wieder an ihnen schuldig (Römer 3,19), trotzdem entspringen seine ethischen Weisungen der erklärten guten Absicht Gottes, uns Menschen als seine Geschöpfe vor dem, was menschlichem Leben nicht zuträglich ist, zu schützen und uns zu gelingendem Leben zu verhelfen (vgl. 3. Mose 18,5 mit 18,22).
Dabei kennt das NT keinen sachlichen Widerspruch zwischen dem sich in den Ge- und Verboten des Alten und des Neuen Testaments bekundenden ethischen Willen Gottes und der in Jesus Christus geoffenbarten Liebe Gottes zu allen Menschen

(Joh 14,15; vgl. 1. Joh 4,10 mit 1. Joh 5,1-3; Röm 7,12; Gal 5,22f besonders Gal 5,23b). Seine Gebote sind vielmehr Ausdruck seiner Liebe. In der Liebe Christi praktiziert - sind sie dem Leben voll und ganz zuträglich (Kol 3,14).
Deshalb ist es theologisch unzulässig, die uneingeschränkt jedem Menschen - auch dem homosexuell empfindenden - geltende Liebe Gottes gegen das biblische Verbot homosexueller Praxis auszuspielen. Auch in Gottes dem Menschen bisweilen unbequemen Verboten äußert sich gerade die uneingeschränkte Liebe Gottes, der auch durch seine Verbote - wie irdische Eltern - Schaden von seinen Kindern abwenden und Wege zu gelingendem Leben aufzeigen will.
3. Aus empirisch-naturwissenschaftlicher Sicht sind die Ursachen homo-sexuellen Empfindens bis heute nicht eindeutig und vollständig geklärt. Alles deutet darauf hin, dass es sich um ein multikausales Phänomen handelt:
3.1 Einerseits aus homosexueller Veranlagung: Bei 49% (die Zahlen schwanken allerdings) der befragten homosexuell empfindenden eineiigen Zwillinge empfindet auch der Zwillingsbruder oder die Zwillingsschwester homosexuell. Umgekehrt müssten, wenn Homosexualität ausschließlich genetisch bzw. rein veranlagungsmäßig bedingt wäre, die Zwillings-geschwister eineiiger homosexuell empfindender Zwillinge zu annähernd 100% auch homosexuell empfinden.
3.2 Andererseits geben 90% der befragten homosexuell empfindenden Männer an, in ihrer Kindheit ein problematisches Verhältnis zu ihrem gleichgeschlechtlichen Elternteil gehabt zu haben. Auch erhöhen traumatisierende Erfahrungen von sexuellem Missbrauch in der Kindheit die Wahrscheinlichkeit einer homosexuellen Entwicklung.
Besonders diese letzt-genannten Befunde müssten uns als Kirche hoch vorsichtig machen, Homosexualität vorschnell als mit der Geburt gegebene und damit auch vorschnell als schöpfungsgemäße und von Gott gewollte Disposition auszugeben – auch und gerade, wenn die wissenschaftlich ungesicherte These, Homosexualität beruhe ausschließlich auf einer mit der Geburt festliegenden Disposition medial gefördert und vom gesellschaftlichen Trend befördert wird.
Bezeichnenderweise zeigen gerade die Homosexuellenverbände wenig bis gar kein Interesse an der empirisch-wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen von Homosexualität.
4. Weiter stimmt vom empirisch-naturwissenschaftlichen Blickwinkel aus sehr bedenklich, dass viele Menschen bei sich zugleich homo- und heteroerotische Empfindungen in unterschiedlicher Intensität wahrnehmen. Dementsprechend hoch ist der Bevölkerungsanteil (auch in diesem Bereich schwanken die ermittelten Zahlen), der sich als bisexuell empfindet (bei den Männern 9,4%, bei den Frauen 9,5%). Darüber hinaus geben 30% der Männer an, schon episodenhaft oder lebensphasisch sexuelle Kontakte zu Männern gehabt zu haben. Bei den oben genannten biblischen und empirischen Befunden kann es niemals im ethischen Interesse der Kirche sein, solche sich lebensphasisch anbietenden homosexuellen Lebensoptionen durch Segenszuspruch zu befördern.
5. Segnen hat bekanntlich, seiner ursprachlichen Bedeutung nach sowohl im Hebräischen als auch im Griechischen die wichtige Bedeutung „Positiven Zuspruch geben“. So wird das hebräische Wort für „segnen“ auch im Blick auf Gott im Sinn von „loben,

preisen, ehren“ verwendet (z.B. Psalm 103,1f). Im Griechischen bedeutet das Wort „segnen“ wörtlich schlicht „Gutes reden“.
Segnen und damit „positiven Zuspruch geben“ im Sinne der uneingeschränkten Liebe Gottes zu jedem Menschen, kann die Kirche jeden einzelnen Menschen, ausdrücklich auch den homosexuell empfindenden.
Dagegen hat die Kirche auf Grund des obigen Befunds keinerlei göttliches Mandat, homosexuelle Partnerschaften im Sinne eines „positiven Zuspruchs“ einzusegnen, was der öffentlich wahrgenommene Sinn einer kirchlichen Segens- oder Trauhandlung anlässlich der standesamtlichen Eheschließung homosexueller Partner ja nur sein kann.
Eine Kirche, die ernst nimmt, dass der dreieinige Gott selbst der Ursprung allen Segens ist, ist nur dort zu „positivem Zuspruch“ bevollmächtigt, wo Gott selbst die Vollmacht dazu gibt. Wo nicht ist unserem Segen die Quelle entzogen und der Segen ist nichtig, leer und irreführend.
Zusammenfassend möchten wir zum Ausdruck bringen:
Für eine Segnung oder Trauung homosexueller Paare haben wir von der Bibel her keine Vollmacht, kein Mandat (lat.: „in die Hand geben“): Sie ist uns nicht „in die Hand gegeben“.
Zu solchen Segenshandlungen sind wir nirgendwo in der Heiligen Schrift von Gott autorisiert. Weder die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften durch den Staat noch die gesellschaftliche Mehrheitsmeinung ergibt für die Kirche als geistlicher und allein Gott verantwortlicher Institution eine sie irgendwie verpflichtende Veranlassung, die Segnung oder Trauung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zu ermöglichen oder offensiv zu fördern.
Deshalb bitten wir Sie, Herr Landesbischof, noch einmal sehr dringend, um Schaden von unserer württembergischen Landeskirche abzuwenden, alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu tun, damit sich die Evangelische Landeskirche in Württemberg als Kirche des Wortes Gottes in dieser Frage nicht vom Wort Gottes entfernt.
Seien Sie versichert, dass unsere Gebete Ihre verantwortungsvolle Aufgabe als Landesbischof begleiten.
Im Auftrag des Gesamtkirchengemeinderats Haiterbach-Talheim
Albrecht Bahret, Pfarrer

(idea) **Die Ehe – nur noch ein Wortballon?** Ein Kommentar von Wolf Schneider.
Die komplette juristische Gleichstellung der homosexuellen Lebenspartnerschaft mit der Ehe war wohl überfällig – ihr den Namen „Ehe“ zu geben aber ist juristisch anfechtbar und sprachlich zum Staunen. Woher eigentlich hat der Bundestag sich das Recht genommen, einem der Kernwörter der deutschen Sprache mal eben eine andere Bedeutung aufzunötigen als die, die es seit 2.000 Jahren hat – und das in solcher Eile?
Seit dem Alten Testament ist die Ehe die Verbindung von Mann und Frau
Im Alten Testament, im römischen Recht, bei den Germanen und bis heute in allen Lexika war und ist die Ehe selbstverständlich die durch Gesetz oder Sitte anerkannte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau; ebenso selbstverständlich steht sie unter dem „besonderen Schutz“ des Grundgesetzes, und es gibt wahrlich kein Indiz, dass der Parlamentarische Rat 1949 unter ihr etwas anderes verstanden haben könnte als das, was in allen abendländischen Kulturen selbstverständlich war und ist.

Hätte es nun im Bundestag wenigstens eine große Debatte gegeben, von Ausschüssen vorbereitet – vielleicht ließe sich über das Resultat ja reden.

Was scheren uns 2.000 Jahre?

Auch hätte man die Deutschen einfach mal fragen können: Was würdet ihr, zumal die Eheleute, davon halten, wenn das Parlament das alte Wort „Ehe“ umdefiniert? Würde das euer eigenes Eheverständnis stören? Oder würdet ihr, umgekehrt, geradezu ein bisschen geschmeichelt sein, dass eure schon so oft verspottete Institution nun plötzlich wieder begehrt zu sein scheint – von völlig unvermuteter Seite?

Aber es war ja alles so eilig! Wahlkampf! Was scheren uns 2.000 Jahre, wenn wir der Opposition einen Vorteil entwinden können! Also stülpen wir der frisch gestärkten Lebenspartnerschaft mal eben den Namen „Ehe“ über.

Neue Bedeutungen einfach zu verordnen, kennt man eigentlich nur von anderen

Natürlich: Festgeschrieben sind Wortinhalte nicht. Die Duden-Redaktion tut recht daran, eine Sinnverschiebung oder einen zusätzlichen Wortgehalt zu registrieren, wenn sie sich über Jahrzehnte hin herausgebildet haben. Eine neue Bedeutung aber einfach zu verordnen: Das war bisher den Hitlers, den Stalins, den Maos vorbehalten. Und dem „Großen Bruder“ in George Orwells Schreckensvision „1984“: „Die spezielle Funktion bestimmter Wörter diente ihm nicht so sehr dazu, eine Bedeutung auszudrücken, als vielmehr, sie zu zerstören.“ Ehe? So what.

(Der Autor, Wolf Schneider ist Honorarprofessor der Universität Salzburg und Träger des „Medienpreises für Sprachkultur“ der Gesellschaft für deutsche Sprache.)

(idea) **„Das Kindeswohl steht an erster Stelle“**

Der Kasseler Evolutionsbiologe Prof. Ulrich Kutschera hält an seiner Kritik an der „Ehe für alle“ fest. In einem Interview mit der Online-Plattform „kath.net“ hatte der Atheist die „Ehe für alle“ als „widersinnige Entscheidung“ kritisiert. Aufgabe des Staates müsse es sein, die ihm „anvertraute Population” aufrechtzuerhalten. Deshalb sei die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau vom Grundgesetz unter besonderen Schutz gestellt. Das Adoptionsrecht für Homosexuelle kritisierte er als „staatlich geförderte Pädophilie“. Wie er idea sagte, dominiert in den deutschen Medien zwar die Kritik an seinen Äußerungen, doch erhalte er zu über 90 Prozent Zustimmung. Gerade Kinderärzte hätten sich dafür bedankt, dass er ein Tabuthema angesprochen habe. Eine drastische Wortwahl sei nötig, um heute überhaupt noch Gehör zu finden, wenn man gegen die Mehrheitsmeinung aufbegehre.

Inzwischen begründete Kutschera seine Äußerungen gegenüber der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen ausführlicher. Kinder in homoerotischen Beziehungen seien einem mindestens zehnfach höheren Risiko ausgesetzt, Opfer einer Misshandlung zu werden, als in einer traditionellen Familie mit Vater und Mutter. Er verwies dabei auf eine angeborene „Inzucht-Hemmung“. Die Studie sei 2009 im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht worden. Eine weitere Untersuchung des US-Soziologen Mark Regnerus aus dem Jahr 2012 habe ein ähnliches Ergebnis gezeigt. Zugleich widersprach Kutschera dem Eindruck, er habe behauptet, alle homoerotisch geborenen Männer wären pädophil: „Ich habe von möglichen Handlungen gesprochen.“ Für ihn stehe bei seinem Engagement „das Kindeswohl an erster Stelle“, sagte der auch in den USA tätige Naturwissenschaftler.

Oekumene

(ideaSpektrum) **Die Spaltung zwischen evangelischer und katholischer Kirche ist nicht mehr durch Glaubensunterschiede gerechtfertigt**.
Diese Ansicht vertrat der vormalige Präsident des Bundestages, Norbert Lammert, auf dem „Ökumenischen Fest“ in Bochum. Es wurde von der EKD, der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, dem Evangelischen Kirchentag und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken gemeinsam veranstaltet.
In einem Vortrag zur Eröffnung sagte Lammert vor 850 Besuchern, das entscheidende Hindernis für die Einheit der Christen sei das Selbstbehauptungs-Bedürfnis der großen Kirchen. „Ich freue mich sehr über die völlig neue Tonlage zwischen den Konfessionen, die das aktuelle Reformationsjubiläum in spektakulärer Weise von allen früheren unterscheidet“, sagte Lammert. Er sehe aber die Gefahr, dass die Kirchen „sich in diesem angenehmen Zustand gemütlich eingerichtet haben“. Das Bemühen um die Einheit müsse weitergehen. Die oft beschworene „versöhnte Verschiedenheit“ dürfe nicht zum Ziel des ökumenischen Prozesses erklärt werden. „Das wäre eine verdeckte Kapitulationserklärung“, so Lammert.
Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm verteidigte dagegen das Konzept der „Einheit durch versöhnte Verschiedenheit“. Es habe sich im Miteinander von Lutheranern, Reformierten und Unierten bewährt, sagte Bedford-Strohm auf einer Pressekonferenz. Die evangelische Kirche werde in der Gesellschaft weithin als eine Einheit wahrgenommen, ohne dass die verschiedenen Traditionen „in eine Suppe gerührt worden“ seien.
Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx sagte, es gebe in der Ökumene keinen Zeitdruck. Als „Weltkirche“ brauche die katholische Kirche mehr Zeit für Veränderungsprozesse. Für den gegenwärtigen Zustand sei „das Wort Kirchenspaltung zu scharf“. Es bestehe stattdessen „eine noch nicht vollzogene Einheit“.

(idea) **Uneinigkeit zwischen Protestanten und Katholiken nimmt zu**
Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki fordert mehr Ehrlichkeit in der Ökumene. Hintergrund ist das 500. Reformationsjubiläum. Erstmals wird unter dem EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und dem Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, in dem Gedenkjahr häufig ökumenisch gefeiert. Kardinal Woelki ruft in seinem Beitrag in der theologischen Zeitschrift „Herder Korrespondenz“ hingegen dazu auf, „Anfragen und Sorgen“ im Zusammenhang mit der Ökumene „freimütig“ zu benennen. Es gebe zwischen Katholiken und Protestanten eine zunehmende Uneinigkeit in sozialethischen Fragen. Das betreffe Themen wie die „Ehe für alle“, Abtreibung, Sterbehilfe oder Scheidungsrecht. Wenn sich aus dem Evangelium kein verbindliches Handeln ableiten lasse, müsse man „ehrlicherweise von einer ethischen Grunddifferenz zwischen beiden Konfessionen sprechen“, schreibt Woelki im Vorfeld der Vollversammlung der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz in Fulda (25.–28. September).

(idea) **Was ist das Ziel der Ökumene?**
Die Debatte um die Bedeutung des 500. Reformationsjubiläums für die Ökumene hält an. Während etwa nach Einschätzung des EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm das Jubiläum „ökumenischen Rückenwind“ gebracht hat,

forderte der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki mehr Ehrlichkeit in der Ökumene. Es gebe eine zunehmende Uneinigkeit in sozialethischen Fragen. Nun äußerte sich der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch. Er hält die Entscheidung, das Reformationsgedenken als Christusfest zu feiern, für die „beste ökumenische Idee“. Doch es blieben weiterhin offene Fragen, sagte er im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Nach der Gemeinsamen Erklärung über die Rechtfertigungslehre (1999) zwischen dem Vatikan und dem Lutherischen Weltbund sollte es eine über Kirche, Eucharistie und Amt geben. Auch bei ethischen Fragen müsse eine „gemeinsamere Sicht“ erarbeitet werden. Hauptproblem sei, dass es keinen Konsens beim Ziel der Ökumene gebe. Katholiken und Protestanten sprächen zwar beide von „versöhnter Verschiedenheit“, meinten aber unterschiedliches. Protestanten beschrieben damit die aktuelle Situation: „Wir sind bereits versöhnt, bleiben aber verschieden und sollten uns nur noch gegenseitig als Kirche anerkennen; dann wäre das Ziel erreicht.“ Aus katholischer Sicht gebe es noch keine solche Versöhnung: „Wir müssen die noch offenen Fragen bearbeiten, so dass sie nicht mehr kirchentrennend sind.“ Protestanten und Katholiken seien sich zwar einig über Christus, aber nicht über seinen Leib, nämlich die Kirche: „Beides gehört unlösbar zusammen, da Christus in seinem Leib gegenwärtig sein will und ist.“

Überlegungen zur organisatorischen Gestaltung sichtbarer Kirchengemeinschaft in versöhnter Verschiedenheit

Die detailliert begründete Überzeugung katholischer und evangelischer Theologen und Bischöfe, dass Kirchengemeinschaft schon heute möglich sei, ist Anlass darüber nachzudenken, wie Kirchengemeinschaft strukturell aussehen könnte.

In konfessionell gemischten Kommissionen wurden als Konzepte für Kirchengemeinschaft diskutiert „Organische Union“, „Einheit gegenseitiger Anerkennung“ und „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ und dazwischenliegende Varianten.

„**Organische Union“** wurde nicht weiterverfolgt, weil bei diesem Konzept die bisherigen Kirchen ineinander aufgehen würden, was die Aufgabe konfessioneller Verschiedenheit und damit die Preisgabe gewachsener kirchlicher Besonderheiten, der Tradition und des besonderen geistlichen Erbes bedeuten hätte zu Gunsten einer sich neu formierenden Kirche mit neuer Identität.

Das Konzept **„Einheit gegenseitiger Anerkennung“** als föderativer Zusammenschluss von Kirchen, in der jede ihre bisherigen Lehren und Traditionen fortführt, würde zu keiner sichtbaren Einheit führen, und wurde deshalb auch nicht weiterverfolgt.
Es ist die Überzeugung gewachsen, dass nur wo die Einheit des Glaubens in seiner Vielgestaltigkeit bejaht wird, Kirchengemeinschaft möglich werden kann.

So hat sich das Konzept **der Einheit in versöhnter Verschiedenheit durchgesetzt** und wurde ab 1973 in vielen Kommissionen und Konferenzen inhaltlich bearbeitet.

Unabdingbare Voraussetzung für alle konfessionellen Teilkirchen der künftigen Kirchengemeinschaft ist, dass sie den Grundwahrheiten des Christentums verpflichtet sind, wie sie allein in der Heiligen Schrift und - normativ auf das Wesentliche kon-

zentriert - von der noch ungeteilten Christenheit im Glaubensbekenntnis von Nicäa und Konstantinopel bezeugt werden.
Vielgestaltigkeit kann in einer Kirchengemeinschaft nicht uferlos und beliebig sein. Konfessionsspezifische Lehre und Praxis dürfen daher nicht evangeliumswidrig sein, so dass sie nicht verurteilend abgelehnt werden können – sie müssen aber von anderen Teilkirchen nicht übernommen werden.

Auf diesem Fundament kann ein gemeinsamer Kirchenbau entstehen mit mehreren Wohnungen. Die Teilkirchen – wozu bei gegebenen Voraussetzungen auch Freikirchen gehören - ziehen mit ihren Gemeinden in das Haus „Kirchengemeinschaft“ ein, in dem folgende Regeln gelten:

1. Die Teilkirchen können jeweils ihre Theologie, Liturgie, Spiritualität, äußere Zeichen, Lebensgestaltung, sowie ihre Zuwendung zur Welt weiter praktizieren.
2. Sie erkennen gegenseitig die Ordination und die Sakramente als Folge der durch die Taufe geschenkten Christusgemeinschaft an.
3. Die Teilkirchen pflegen Ökumenische Gastfreundschaft und Gemeinsamkeit indem sie gemeinsam Gottesdienste mit Abendmahl/Eucharistie, Taufen und Hochzeiten feiern, zu Gott Heimgerufene verabschieden und Solidarität untereinander und weltweit üben.
4. Dies muss auf der Ebene der Gemeinden realisiert werden, erfordert aber überörtliche pastorale Leitung, die diesen Prozess initiiert, koordiniert und gestaltend begleitet.
5. Gemeinden und hierarchischer Dienst entsenden Geistliche und Laien in synodale Gremien, in denen gemeinsam Beschlüsse gefasst werden.
   Voraussetzungen für die Wählbarkeit solcher Vertreter können die Kirchenfamilien jeweils definieren, womit den unterschiedlichen Auffassungen vom priesterlichen Amt Rechnung getragen würde.
   Wie viele Ebenen erforderlich sind, hängt von pastoralen, sprachlichen und verwaltungstechnischen Notwendigkeiten ab und bedarf keiner einheitlichen Regelung.
6. Die Teilkirchen behalten ihre jeweils eigene Gremien-Hierarchie bis zur Bistumsebene bei. Ab der Länderebene sind es gemeinsame Gremien aller beteiligten Teilkirchen mit einer Regelung die sicherstellt, dass auch Minderheiten zur Geltung kommen.
7. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip, demzufolge die nächsthöhere Ebene die Dinge zu entscheiden hat, die über die Reichweite und Möglichkeiten der unteren Ebene hinausgehen. Dieses Prinzip lässt den Reichtum und die Lebendigkeit der Verschiedenheit zur Entfaltung kommen.
8. Die Hierarchie soll – die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigend - so flach wie möglich gehalten werden, nicht nur wegen der Nähe zu den Ortsgemeinden im Respekt vor dem Priestertum aller Gläubigen, sondern auch aus Gründen effizienten Einsatzes von Ressourcen.

9. Ein Repräsentant der Kirchengemeinschaft ist von großer Bedeutung als Gesicht nach außen und Identität stiftend nach innen. Er wird von der obersten Synode in das Amt gewählt,
   - das entsprechend der Rolle des Petrus als Diener der Christenheit und Erster in der Liebe zu Christus angelegt ist;
   - er übt es aus als Hüter der Übereinstimmung von Gremien-Beschlüssen mit Aussagen der Bibel und
   - soweit er mit hohem Quorum dazu bevollmächtigt ist.

Grundsätzlich kommt dafür jede herausragende ordinierte Persönlichkeit infrage. Erster Anwärter für dieses Amt wäre wohl der Bischof von Rom, der es ohne Jurisdiktionsprimat gegenüber den nicht röm.-kath. Teilkirchen ausüben müsste. vB

Integration von Muslimen

(idea) **Den Islam differenziert betrachten**

Zu einem differenzierten Umgang mit dem Islam ruft der emeritierte Religionswissenschaftler Prof. Friedrich Huber auf. Es gebe unterschiedliche Ausformungen, schreibt er unter der Überschrift „Begründete ‚Islamophobie'?" im Deutschen Pfarrerblatt. Allerdings sei es wenig überzeugend, wenn auf Dialog bedachte Menschen versicherten, Herrschaftsanspruch und Gewalt hätten mit dem Islam gar nichts zu tun, denn er sei eine Religion des Friedens. Dagegen sei festzuhalten, dass schon der Koran zu einer gewaltsamen Aufrichtung der Herrschaft des Islams aufrufe, etwa in Sure 9,29.

Was unter „Dschihad" verstanden wird

Huber beschäftigt sich ferner mit dem Begriff des Dschihad und der Frage, ob damit grundsätzlich die Anwendung von Gewalt verbunden sei. Muslimische Autoren, darunter der Vorsitzende des Münchner Forums für Islam, der Imam Benjamin Idriz, behaupteten oft, dass Dschihad ein friedliches Bestreben sei. Er wolle nicht bezweifeln, dass Idriz tatsächlich so denke: „Aber man kann doch nicht übersehen, dass ständig von allen möglichen großen und kleinen Gruppen zum Dschihad aufgerufen wird, dass dieser durchaus im Sinne von Gewaltanwendung verstanden wird, und dass sich diese Gruppen und Einzelpersonen auf den Koran berufen und auch berufen können." Wenn gelehrte deutsche Muslime den Eindruck zu erwecken versuchten, Dschihad habe immer schon ganz überwiegend ein gewaltloses Bemühen um charakterliche Veredelung gemeint, „dann wollen sie vermutlich dadurch die Furcht vor dem Islam nehmen". Zugleich weckten sie aber bei vielen das Misstrauen, bei dieser Auslegung handle es sich um eine Täuschung.

Für eine islamisch-politische Ordnung?

Es treffe zudem möglicherweise zu, dass die Mehrheit der hier lebenden Muslime die staatliche Ordnung bejahe. Laut Huber gibt es aber auch in Deutschland Stimmen, die ausdrücklich das Ziel der Aufrichtung einer islamischen Herrschaft verträten. In einer vom Islamischen Zentrum München herausgegebenen Übersetzung einer Schrift des Pakistaners Sayyid Abu Al-Ala Maududi (1903–1979) sage dieser, dass alles, was dem Islam als Hindernis im Weg stehe, entfernt werden solle – „sei es mit Hilfe der Zunge, der Feder oder des Schwertes". Besorgniserregend ist Huber zufolge auch, wenn ein angesehener Muslim wie der deutsch-bosnische Journalist Muhammad Salim Abdullah (1931–2016) schreibe, dass der Islam die Trennung von „Kirche und Welt"

nicht kenne, sondern „Religion und Lebensordnung“ sei. Huber: „Diese Sicht, die doch wohl eine nach islamischen Grundsätzen gestaltete Politik und Gesellschaft einschließt, ist verbreitet.“ Was die beschwichtigenden Aussagen bei Idriz und anderen verdächtig mache, sei „der offensichtliche Widerspruch dieses Islambildes zu Aussagen des Korans und der islamischen Tradition und auch zu den Verhältnissen in den meisten Ländern mit muslimsicher Bevölkerungsmehrheit“.

Was nicht unsere Aufgabe ist

Es sei aber, so Huber, „nicht unsere Aufgabe“, liberale Muslime in Deutschland auf eine nichtliberale islamische Tradition „festzunageln“. Aber sie müssten sagen, dass sie sich der gefährlichen Ansätze in Koran und Tradition bewusst sind und sich distanzieren: „Das würde freilich eine Kritik des Korans einschließen, die – selbst für in Deutschland lebende Muslime – nicht ungefährlich ist.“

Eine „Islamisierung Deutschlands oder Europas“ ist nicht zu befürchten, aber ...

Huber zufolge ist eine „Islamisierung Deutschlands oder Europas“ wohl nicht zu befürchten. Dafür seien die säkularen Kräfte zu stark. Es sei unbegründet, alle Muslime zu verdächtigen, sie wollten die politischen Verhältnisse im Sinne traditioneller islamischer Vorstellungen verändern. Gleichzeitig sei aber nicht auszuschließen, dass die Zahl der Muslime zunehmen werde, die sich verpflichtet fühlten, den koranischen Herrschaftsanspruch des Islams zu verwirklichen, betont Huber.

(idea) **Ein liberaler Islam ist der Traum einiger weniger Muslime**

Ein „liberaler“ Islam ist der Wunschtraum einiger weniger westlich geprägter Muslime, die aber von der absoluten Mehrheit der Anhänger dieser Religion gar nicht als Muslime anerkannt werden. Davon ist der Ökumenereferent der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Propst Gert Kelter überzeugt. Wie er im Informationsdienst der Freikirche „SELK.info“ schreibt, zielt die muslimische Religion auf die Islamisierung jeder Region, in der Moslems leben: „Damit ist der Islam potenziell auch pauschal eine Infragestellung unserer westlichen (christlich-jüdischen), demokratischen Werteordnung.“ Der Koran und die ebenso verbindlich geltenden Überlieferungen (Hadithe) beanspruchten wörtliche und zeitlose Geltung. Zum Islam gehöre ein Gewaltpotenzial, das dem Neuen Testament völlig fremd sei. Dass viele muslimische Mitbürger in Deutschland mit Gewalt nichts zu tun haben wollten, sei eine „glückliche Inkonsequenz“. Gleichzeitig warnt Kelter, aus der geringen Teilnehmerzahl beim Friedensmarsch von Muslimen am 17. Juni in Köln zu schließen, die anderen sympathisierten mit islamischen Terroristen. Das erscheine ihm „fahrlässig und kurzschlüssig“. Es könne auch an der Initiatorin der Demonstration, der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor, gelegen haben, die sich für einen liberalen Islam einsetze. Sie aber habe nicht die Sympathien „konservativer – und absolut gewaltfreier – Moslems“. In ihren „im Kern antisemitisch motivierten Äußerungen“ wiederum sei Kaddor authentisch islamisch, schreibt Kelter: „Der Antisemitismus, auch das ist festzuhalten, ist dem Islam bedauerlicherweise systemimmanent.“

(FAZ) **Führender Muslim: Terrorismus und Islam hängen zusammen**

Dies sagt in einem Interview mit der FAZ Kyai Haji Yahya Cholil Staquf, der Generalsekretär des Obersten Rats von Nahdlatul Ulama, der mit ca. 50 Millionen Mitgliedern größte muslimische Vereinigung Indonesiens.

„Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang zwischen Fundamentalismus, Terror und Grundannahmen der islamischen Orthodoxie.“ Insbesondere das Verhältnis von Muslimen zu Nichtmuslimen, sowie die Einstellung von Muslimen zu Staat und Recht (Vorrang hat immer die Scharia) seien problematisch und führten „zu Absonderung *und Feindschaft*: *Zu viele Muslime sehen die Zivilisation, das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedenen Glaubens, als etwas an, das bekämpft werden muss. … Der Westen muss aufhören, das Nachdenken über diese Fragen als islamophob zu erklären*.“

„Deutschland *... nimmt massenhaft Flüchtlinge auf, über die man oft nichts weiß, die aus sehr problematischen Gegenden stammen. Extremisten sind nicht dumm…. Man müsse dahin kommen, dass ein Verständnis, das die traditionellen Normen der islamischen Rechtslehre absolut setzt, als falsch gilt*. *… Und es muss glasklar sein, dass die staatlichen Gesetze Vorrang haben …. „Der Westen kann den Muslimen keine moderate Interpretation des Islam aufzw*ingen. *Aber die westlichen Politiker sollten aufhören zu erzählen, dass Fundamentalismus und Gewalt nichts mit dem traditionellen Islam zu tun hätten. Das ist schlicht falsch.“*

Aufgelesen

Umgang mit unseren Kirchensteuern

Wie die FAS in einem Beitrag „In der Kirche wird ohne Ende Geld verbrannt“ berichtete, erhalten die Gemeinden für die Arbeit an der Basis nur ein Drittel der Kirchensteuern. (s. InfoBrief 2017/2). Dies wäre eine bedenkliche Fehlsteuerung, die auch in der Bayer. Landessynode zur Sprache kam.

Kirche existiert primär in der Ortsgemeinde in der sie mit Leben erfüllt wird. Dort werden die Gottesdienste und das Abendmahl gefeiert, geben Menschen Zeugnis ihres Glaubens und üben tätige Nächstenliebe. Der Großteil der Kirchensteuermittel sollte deshalb in die Gemeinden fließen. Die Menschen dort erarbeiten das Geld auch für das, was Kirche darüber hinaus tun kann, und was diese als Eigenbedarf für Führung und Verwaltung benötigt.

Nach dem FAS-Bericht sind in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Sonderpfarrämter und neue Einrichtungen geschaffen worden, etwa Referate in den Kirchenämtern, Akademien oder Kirchliche Dienste (z.B. den in der Arbeitswelt). Im April 2014 hat die EKD das Studienzentrum für Genderfragen in Kirche und Theologie in Hannover eröffnet, und es ist eine Stiftungsprofessur zur Erforschung und Förderung des christlich-jüdischen Dialogs beabsichtigt. Dabei arbeiteten bereits zahlreiche Universitätsprofessoren an diesen Themen; Focus-Online berichtete, dass es allein in Deutschland 250 Lehrstühle und Zentren für „Gender-Studies“ gibt.

Für viel Geld wurden auch Programme und Image-Kampagnen durchgeführt, die weitgehend verpufft sind (s. InfoBrief 2017/2). Unappetitliches Beispiel für Geldverschwendung ist der Videoclip der EKD (Frauen- und Männerarbeit) „Eine Tür ist genug“, in dem der Sinn von getrennten Toiletten für Frauen und Männer in eben diesen Räumen infrage gestellt wird (s. InfoBrief 2014/3).

Anlass zu kritischen Fragen gibt lt. FAS auch die Ausstattung der mittleren Führungsebene und nennt als Beispiel die Münchner Regionalbischöfin, die über eine Chefsekretärin, eine Sekretärin, einen Fahrer, eine persönliche Referentin und eine Fundraising-Beauftragte verfüge.
Es ist unbestritten, dass die Kirchen wie jede Organisation Führung und Verwaltung benötigen; die hat aber im Hinblick auf die eigentliche Bestimmung der Mittel schlank und sparsam zu sein, zumal unsere Kirchen wegen des allgemeinen Priestertums aller Glaubenden dezentral verfasst sind und keiner tiefgestaffelten zentralen Engführung bedürfen.
Hier hilft ein Blick auf im harten Wettbewerb stehende Unternehmen, die wegen Größe und wegen der erforderlichen Taktung der Arbeit und Funktionen eher mehr Führung benötigen, aber dennoch sehr auf die Zahl der Führungsebenen achten. Denn diese sind nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch Schnittstellen mit eigenem Informationsbedarf und -Vorsprung, sind verzögernde Genehmigungsstufen und erfordern zeitintensive Abstimmungsrunden meist mit vielen Beteiligten. Unterschiedliche Charaktere, Führungsstile, Eigenheiten, Qualitätsansprüche, führen an diesen Schnittstellen nicht selten zu kritischen zwischenmenschlichen Problemen und Reibungsverlusten.

vB

(idea) **Das größte Problem der beiden großen Kirchen: Sie haben zu viel Geld**
Dadurch bleiben notwendige Veränderungen aus. Diese Ansicht vertritt der evangelische Pfarrer Hans Löhr im Gemeindebrief der Kirchengemeinden Sommersdorf-Burgoberbach und Thann (bei Ansbach). Angesichts der hohen Austrittszahlen müssten aber bei Bischöfen und Pfarrern „die Alarmglocken schrillen“, schreibt Löhr anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand. Ihm zufolge hört man aber nur „ein leises Bimmeln, weil das viele Geld alles erstickt“. Es fehle bei den Kirchen ein Innovationsdruck, der beispielsweise Unternehmen zur Umkehr zwinge, wenn die Nachfrage der Kunden sinke. Dabei habe Jesus selbst in Armut gelebt, so Löhr. Laut dem Pfarrer hat die Kirche bei der Glaubensvermittlung versagt: „Unsere Kirche wird dem Auftrag Jesu nicht gerecht, Menschen für das Evangelium zu gewinnen und anzuleiten, wie man als Christ lebt und glaubt.“ Löhr gehörte von 1995 bis 2001 der Synode der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und von 1996 bis 2002 der EKD-Synode an.

(idea) **Die Kirchensteuer ist unzeitgemäß und ungerecht**
Die Kirchensteuer ist unzeitgemäß, ungerecht und macht träge. Sie sollte deshalb abgeschafft werden. Diese Ansicht vertritt der Direktor des Instituts für Sozialstrategie, Prof. Ulrich Hemel in einem Essay in der „Welt am Sonntag“. „Wenn nur noch 55% der Bevölkerung sich zur katholischen oder evangelisch-lutherischen Kirche bekennen, und wenn ein Drittel von ihnen gar keine Einkommensteuer zahlt (an sie ist die Zahlung der Kirchensteuer gebunden – Anm. d. Red.), dann wird die Merkwürdigkeit des heutigen Systems sichtbar“, schreibt der katholische Theologe und Unternehmer. Knapp 40% der Steuerzahler seien zur Kirchensteuer verpflichtet, 60% nicht. Von kirchlichen Krankenhäusern, Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen, die unter anderem darüber finanziert würden, profitierten aber alle: „Gerecht ist das nicht.“

Zudem hemmten hohe Kirchensteuermittel die Bereitschaft zu Reformen in den beiden großen Kirchen. Hemel: „Die durch das Kirchensteuersystem mit bedingte Beamtenmentalität in der kirchlichen Verwaltung bremst Kräfte aus, die sich neu mit christlichen Inspirationen aus dem Evangelium auseinandersetzen wollen.“ Statt Erneuerung laute die Devise folglich „vorsichtiger Rückbau“. Wer Besitzstände wahre, könne nicht aufbrechen und wer die Vergangenheit verwalte, gewinne nicht die Zukunft, so der Theologe. Seiner Ansicht nach steht hinter der Debatte um eine mögliche Abschaffung der Kirchensteuer die zentrale Frage, wozu Kirche überhaupt da sei: „Wo liegt der Kern ihrer Botschaft, und was folgt daraus für das Wirken in der Welt?“ Durch eine solche Rückbesinnung könnten die beiden großen Kirchen aber jene spirituelle Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, die sie gegenwärtig nur noch selten hätten: „Denn anders lässt sich eine Anzahl von über dreihunderttausend Menschen, die jährlich aus der katholischen und evangelischen Kirche austreten, kaum erklären.“

Literaturhinweise

Ingo Resch: Evolutionslehre und Bibel - Auswirkungen auf die Weltanschauung im Vergleich. Mit einem Vorwort von Prof. Harald Seubert
Resch-Verlag, ISBN 978-3-935197-83-0, 188 Seiten, Hardcover € 14,95

Der Autor vermeidet die unfruchtbare Auseinandersetzung zwischen Kreationismus und Evolutionstheorie. Stattdessen verdeutlicht er die strukturellen Unterschiede. So ist in der Genesis die Information (das Wort) die Ausgangslage und Zeit ist die Folge – dagegen ist in der Evolutionstheorie die Zeitdauer Voraussetzung und Informationen sind die Folge. Das führt zu einem unterschiedlichen Verständnis, vom Menschen, Sinn des Lebens, Freiheit, Liebe, Schuld, und welche Bedeutung Krankheit und Tod zugemessen wird.

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.
Das Nachrichtenmagazin ***ideaSpektrum*** erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. ***ideaSpektrum*** wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich** (**inkl. Versandkosten** innerhalb Deutschlands):
€ 9,95 im Heft-Abo (gedruckte Ausgabe)
€ 7,50 im Digital-Abo (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)
€ 10,95 im AboPlus (Heft und digitales Ausgabe)
Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage
Sie können ***ideaSpektrum kostenlos*** jetzt ***drei Wochen*** gratis testen.
Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:
(0 64 41) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken den Spendern, die die Herausgabe dieses Informationsbriefes wieder ermöglicht haben. Da wir keinerlei Zuschüsse erhalten, sind wir **auf Ihre Spenden angewiesen.**

Deutsche Post

Anrede
Titel
Vorname, Name
Straße
PLZ Ort

Zum Nachdenken

Die Spitzenpolitikerin der Grünen und ehemalige Präses der EKD-Synode Katrin Göring-Eckardt bezeichnet politisch Andersdenkende öffentlich als „Arschlöcher“. Was ist das für ein Demokratieverständnis und ist das der Kulturnation Deutschland würdig? Müssen wir uns mit solchen Flegeln in Spitzenpositionen abfinden?

In eigener Sache – wichtig!

- ✓ Wir sind jetzt im Internet präsent unter: **www.lgm-info.de**. Dort finden Sie u.a. InfoBriefe und Stellungnahmen der letzten Zeit und Vorträge sowie Hinweise auf Veranstaltungen.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V., herausgegeben.
ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de;- Internet: www.lgm-info.de

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Herstellung und Versand der InfoBriefe kosten viel Geld, das durch Spenden aufgebracht wird. **Wir bitten und hoffen, dass viele Freunde mit Spenden die Herausgabe des InfoBriefes auch weiterhin ermöglichen.**
Die Lebendige Gemeinde München e. V. ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Bitte geben Sie dazu auf Ihrer Überweisung deutlich Name und Adresse an.
Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1,
IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden